

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 10

Artikel: Entwicklungstendenzen des französischen Syndikalismus
Autor: Spühler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-328447>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

auch seine Vorschläge sind, Drohungen, Interventionen, alles ist beleidigend (injurieux) von dem Augenblicke an, da man eine Beeinflussung erhofft. Ich verlange, daß wir unsere Unabhängigkeit durch eine feierliche Entschließung aufrechterhalten und daß wir sofort zur Tagesordnung übergehen, ohne die Lektüre des Briefes anzuhören, weil er sich auf den ehemaligen König bezieht.“ Der Konvent ging hierauf, nachdem noch Carra gesprochen hatte, einstimmig zur Tagesordnung über, indem er die Lektüre des Briefes ebenso einstimmig ablehnte.

Auf das Ausland nahmen die Girondisten wirklich, wie die andern, wenig Rücksicht. Milde waren sie nicht, denn sie in erster Linie hatten Robespierres Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe bekämpft. Die Gironde hat den Prozeß des Königs eingeleitet, besonders durch Vergniauds Reden vom Jahre 1792 („oh König, der du mit dem Tyrannen Lysander glaubst, Lüge sei so viel wert wie die Wahrheit und man könne Männer mit Eiden hinhalten wie Kinder mit Spielzeug usw.“). „Das Vaterland ist in Gefahr und die Schuld trägt der König“ (Vergniaud, Juli 1792); „man sagt euch, fürchtet die Könige von Ungarn und Preußen. Ich sage euch, die Hauptmacht dieser Könige ist am Hof“ (Brissot). „Von hier aus sehe ich den Palast (Tuilerien), in dem man uns für Oesterreich fangen will“ (Vergniaud). Endlich stimmten die ausgesprochensten Führer der Gironde in der großen Mehrzahl für Tod. Erst die reaktionäre und mit ihr die bürgerliche Geschichtsschreibung versuchten die Katastrophe des Königtums dem Berg allein in die Schuhe zu schieben. Ohne ein Werturteil abzugeben und ohne auf das große Problem Berg-Gironde näher einzutreten, darf gesagt werden, daß der Königsprozeß die letzte große revolutionäre Handlung darstellt, die die so grundverschiedenen Parteien des Bergs und der Gironde in grundsätzlich gemeinsamer Front aufmarschieren ließ. Das Bürgertum hat erst später seine Mitverantwortung abgelehnt, um der Reaktion die Reverenz zu erweisen. Bis zum Sturze der Gironde, und zum Teil eine Zeitspanne darüber hinaus, hat es sich mit besonderem Stolz seiner Haltung gegenüber dem „Monstrum“ gerühmt.

Entwicklungstendenzen des französischen Syndikalismus.

Von Willy Spühler.

Der Geist des Internationalismus kann nicht in der intellektuellen Abgeschlossenheit der nationalen proletarischen Bewegungen wachsen und dem Arbeiter in Fleisch und Blut übergehen. Unkenntnis oder Unverstehen dessen, was die sozialistische Bewegung in andern Ländern von Grund auf bewegt, sind die größten Gefahren eben für diesen Internationalismus und können gar eine eigene geistige Verarmung bedeuten. Eine gewisse nationale Selbstgenügsamkeit oder gar -überhebung kam besonders stark zum Ausdruck in den Anfängen der

internationalen Gewerkschaftsbewegung. Zwischen den französischen Gewerkschaften und denjenigen der andern Länder bestand eine tiefe Kluft in Theorie und Taktik, so tief, daß sich der französische Gewerkschaftsbund eine Zeitlang von der internationalen Organisation zurückzog. Mit Recht konnte 1907 der Generalsekretär der französischen C. G. T. (Confédération Générale du Travail), Griffuelhes, schreiben: „Die Originalität des französischen Syndikalismus innerhalb der Gewerkschaftsinternationale ist in die Augen springend. Er hat in einem so geschwinden Marsche die Mehrzahl der Gewerkschaftsbewegungen der andern Länder überholt, daß diese ihm weder folgen, noch ihn verstehen können.“ Seitdem sind manche Jahre vergangen, der Weltkrieg ist ausgebrochen — innere Triebkräfte und der Aspekt der verschiedenen Gewerkschaftsbewegungen sind teilweise tiefgehenden Veränderungen unterworfen worden, die Taktik ist gerade durch ihre allgemeine Vielgestaltigkeit auf internationalem Gebiete uniformer geworden, die Theorie des französischen Syndikalismus hat sich vielleicht derjenigen der Deutschen und Engländer genähert. Theorie? Eigentlich ist dies nicht ganz richtig, die Syndikalisten haben sich immer dagegen gewehrt, Verfechter einer neuen Theorie zu sein. In der Tat, der sogenannte revolutionäre Syndikalismus ist nicht eine Theorie, sondern eine Praxis. Das will nicht heißen, daß er ohne Prinzipien sei, weit davon entfernt, es bedeutet einfach, daß sie als Faktoren der sozialen Tatsachen sich mit diesen ändern können. Der Syndikalismus ist ein Erfahrungsgesamt. Dabei dürfen wir aber nie vergessen, daß diese Erfahrungen vom denkenden und fühlenden Menschen gemacht werden, daß Temperament und Kulturstufe die „objektiven“ Erfahrungen subjektiv umwerten. Dies gilt ganz besonders auch vom revolutionären Syndikalismus der Franzosen. Er wäre kaum denkbar ohne ihre impulsive Natur, die in einem Ansturm der Begeisterung sich zu spontanen Aktionen hinreißen läßt, die aber eher versagt in der wohlvorbereiteten Organisationsarbeit, für die sein individualistischer Geist nicht genügend Disziplin aufbringt.

Es kann sich hier nicht darum handeln, eine Analyse dieses vorkriegszeitlichen Syndikalismus zu geben, wie er in den Kongressen definiert und im täglichen Kampfe angewandt wurde, sowenig wie eine kritische Abhandlung über den Theoretiker des Syndikalismus, den kürzlich verstorbenen Georges Sorel. Was uns an dieser Stelle interessiert, das ist die ökonomische Seite des Systems, die sicherlich am fruchtbarsten ist und von Anfang an manche neue Perspektiven eröffnete auf das Problem der Produktionsübernahme durch das Proletariat.

* * *

Den entgegengesetztesten Tendenzen gegenüber, die in den Anfängen der französischen Gewerkschaftsbewegung von außen sie in die verschiedensten Bahnen zu zerren suchten oder im Innern selbst wühlten, hat der französische Syndikalismus schließlich verstanden, eine eigene einheitliche Auffassung seiner Aufgaben aufzustellen. Der grund-

legende Beschluß des Kongresses von Amiens des Jahres 1906 wird allgemein mit Recht als Charta, als die „Charte d'Amiens“ bezeichnet und sie ist heute noch in ihrer Art ein Kleinod für das Verständnis des damaligen Syndikalismus. Was ihn von jeher von den Gewerkschaften Deutschlands und Englands unterschieden hatte, die sozialistische Zielrichtung, das betont die Resolution klar und deutlich; die Notwendigkeit des Klassenkampfes voll anerkennend, präzisiert die Resolution:

„In der Tagesarbeit der Forderungen verfolgt der Syndikalismus die Erhöhung des Wohls der Arbeiter durch die Verwirklichung von sofortigen Reformen, wie die Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw. Aber diese Anstrengung ist nur eine Seite der Wirksamkeit des Syndikalismus; er bereitet die vollständige Emanzipation vor, mit dem Generalstreik als Kampfmittel, und er ist der Ansicht, daß die Gewerkschaft, heute Vereinigung zum Widerstande, in der Zukunft Produktions- und Verteilungskörper sein werde, Grundlage der sozialen Reorganisation.“

Zwei Gedanken kommen hier prägnant zum Ausdruck, scharf im Gegensatz zu Theorie und Praxis der fremdländischen Gewerkschaften: der eine, weniger neue, daß die Aufgabe der Gewerkschaften über die rein reformatorische Arbeit zur Besserstellung der Arbeiter innerhalb des gegenwärtigen Rahmens der Gesellschaft hinausgeht nach einer vollständigen Umgestaltung dieser Gesellschaft. Die revolutionären Syndikalisten erklären, daß alle ihre Anstrengungen nur in Beziehung auf das Endziel von Werte sind; die Reformisten in den französischen Gewerkschaften erklärten damals, daß „an der Basis der Gewerkschaft in erster Linie und hauptsächlich die berufliche Verteidigung ist“. In derselben Linie bewegten sich zu jener Zeit samt und sonders die englischen und deutschen Gewerkschaften, die denn auch die Wehß in ihrer „Geschichte“ auch dahin definierten, daß sie „ständige Vereinigungen von Lohnarbeitern sind, die sich zum Ziele setzen, die Bedingungen ihrer Arbeitsverträge zu verteidigen oder zu verbessern“.

Der andere, neue Gedanke, liegt in der Rolle, die die Charte d'Amiens der Gewerkschaft auf dem Weg zum Sozialismus zuschreibt. Sie nimmt keine Ausscheidung des Aufgabekreises zwischen Gewerkschaft und politischer Partei vor. Sie geht über eine Erklärung ihrer Unabhängigkeit innerhalb des sich reservierten Feldes (im Sinne einer wohlwollenden Neutralität) hinaus und betont ihre allumfassende Autonomie; in keiner Frage anerkennt sie eine spezielle Zuständigkeit der Partei. Der Syndikalismus bedarf ihrer nicht, „er genügt sich selbst“, wie seit Amiens eine frappante Formel sagt. Er genügt sich selbst sowohl in seinem Tageskampfe als auch in seiner gesellschaftsrevolutionierenden Arbeit. Denn: „Die Gewerkschaft wird in der Zukunft Produktions- und Verteilungskörper, Grundlage der sozialen Reorganisation sein!“ Hier ist jenes Neue, jener vielversprechende Reim zu einer fruchtbaren Betrachtungsweise des Problems

der Produktionsübernahme. Ich sage ausdrücklich Reim, Anfaß zu einem neuen Weg; denn die Gewerkschaft in ihrer vorkriegszeitlichen Struktur (und heute ist sie noch nicht viel anders) könnte niemals als Produktionszelle, als Produzent selbst in Frage kommen. Solange sie sich in ihrem engen Kreise rein beruflicher Interessenvertretung bewegte, fern von jeder Beschäftigung mit der Organisation der Produktion, wäre sie nicht fähig gewesen, die ihr selbst zugeschriebene Aufgabe zu erfüllen. Denn die produktionstechnische und -organisatorische Arbeiterbildung, die ein Kind der revolutionären Nachkriegsperiode ist, gab es damals noch nicht. Aber es wäre falsch, jene syndikalistische Theorie nur ihrer wörtlichen Äußerung nach zu betrachten, die Syndikalisten wollen gar nicht sagen, daß die Gewerkschaft schon der fertige Produktionsapparat sei, ihre Befräftigung ist ganz allgemeiner Natur, daß die gewerkschaftliche Organisation in ihrer *E n t w i c k l u n g* und in den neuen Formen und Einflüssen, die sie herausbildet, aus einem beruflichen Verein zu einer Produktionsorganisation sich entfalte.

Was kommt darin zum Ausdruck und was ist das Wesentliche dabei? Die Auffassung, daß eine Besserung, eine radikale Gesellschaftsumänderung von der Produktionsseite, von der Gütererzeugung her zu erfolgen hat und nicht von der Verbraucherseite, auf dem Wege über den Konsum. Der französische Syndikalismus vertritt klar den *P r o - d u z e n t e n* standpunkt, im Gegensatz zu den englischen Kameraden, die mit Ausnahme der Gildensozialisten sich auf dem reinen Konsumentenstandpunkt befanden. Es scheint mir, daß jene Syndikalisten nicht ganz unrecht haben, die aus dieser Anschauung heraus eine ganz bestimmte Arbeitsmoral lesen, die sogenannte *M o r a l d e s P r o - d u z e n t e n*, bei der die Arbeit in den Mittelpunkt des Lebens gesetzt und die Pflicht zur Arbeit als gesellschaftlich sittlich erklärt wird. Im Proletarier soll das Bewußtsein seiner sozialen Funktion wach werden, seiner Stellung und Geltung als Wirtschaftssubjekt. *D i e s e s P r o d u z e n t e n b e w u ß t s e i n* will ihm der französische Syndikalismus geben, sowohl dem Individuum, als auch der Gesamtheit, der Gewerkschaft. Darin liegt unzweifelhaft das wertvollste theoretische Element des französischen Syndikalismus. Aber über diesen ganz allgemeinen Gedanken hinaus zu einer konkretern und weitfichtigeren Formulierung ist der vorkriegszeitliche Syndikalismus nicht gekommen. Die Gewerkschaftsbewegung war noch zu sehr in den Anfängen, noch zu sehr erfüllt vom Berufspartikularismus, als daß sie die eigene Idee in ihrer ganzen Größe hätte zu fassen vermögen. Der Kreis der Gewerkschafter war noch eng, er umfaßte das Proletariat der schwieligen Hand; die intellektuelle Schicht des Proletariats, die Bureaubeamten und die Techniker blieben ihm fremd, oft gar feindlich. In diesem Falle war natürlich in den Gewerkschaften der Geist des „*M a n u e l i s m u s*“ erklärlich, der als Führer und Träger der künftigen Wirtschaftsordnung nur die eigentlichen Handarbeiter betrachtete.

Wir sehen, für den französischen Syndikalisten ist das Problem der Befreiung des Proletariats rein ökonomisch. Er ist „Anti-

Etatist“, Antiparlamentarier, den Staat betrachtet er als Tampon zwischen den beiden einzigen sozialen Realitäten, der Kapitalistenklasse und dem Proletariat; sein Schicksal ist, von diesen erdrückt zu werden. Der proletarische Befreiungskampf hat sich deshalb unmittelbar gegen das Unternehmertum zu richten, „Action directe“ lautet die Parole. „Dies ist nicht die Meuterei, die Barrikade, Chaos und Plünderung, das ist ganz einfach die Tatsache, daß sich die Arbeiter entschließen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln mit eigener Kraft und eigenen Mitteln. . . . Direkte Aktion, das heißt, daß der Arbeiter der Ansicht ist, in den Händen eine Macht zu haben — diejenige der Arbeit —, die fähig ist, seinen Willen aufzuzwingen und die ihn notwendigerweise aufzwingen muß, weil er weiß, daß diese Macht, die doch dominierender Faktor der modernen Gesellschaft ist, nicht der ihr gebührenden Platz einnimmt.“ So sagt J o u h a u r in seinem Buche *Le syndicalisme et la C. G. T.* Und bedeutet diese direkte Aktion etwas anderes als was Marx und Engels im kommunistischen Manifest sagen: Die Emanzipation der Proletarier wird das Werk der Proletarier selbst sein?

Nachdem ich die für den vorkriegszeitlichen Syndikalismus wesentlichen Elemente vereinigt zu haben glaube, bleibt nun noch die Frage offen, an welchem Punkte er h e u t e angelangt ist.

* * *

Die wirtschaftliche Anpassung während der Kriegszeit hat die Kartellierungs- und Vertrauungstendenzen in unerhörter Weise verschärft. Die Produktions- und Verteilungsorganisation hat Formen schärfster Konzentration angenommen und sich von der intensiven Konkurrenz weit entfernt. Ganze Industrien sind national und international einer oft fast minutiösen Regelung unterworfen: Produktionsmengen werden bestimmt, Warentypen vorgeschrieben, Absatzgebiete unter die einzelnen Unternehmungen verteilt unter Ausschaltung jeder Konkurrenz, die Preise einheitlich festgesetzt. Aus der rein privaten Domäne ist die Produzententätigkeit in die kollektive eingetreten. Der individuelle Arbeitsvertrag, der niemanden als kontrahierenden Unternehmer und Arbeiter interessierte, hat einem wichtigen Akt zwischen zwei Wirtschaftsmächten, den organisierten Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Platz gemacht. Das Wirtschaftsleben ist aus dem Individuellen ins Gesellschaftliche emporgewachsen und eminent öffentliche Angelegenheit geworden. Aus seinem revolutionären Drang heraus wollte sich das französische Proletariat in der Nachkriegszeit vorbereiten, sich rüsten auf das Transformationswerk. Es wollte nicht die Hände in den Schoß legen und auf den Zusammenbruch warten, um aus den Ruinen plötzlich Neues, Fertiges erstehen zu sehen; es wollte nicht die grausame Enttäuschung erleben, unvorbereitet und unvermögend zu sein im Momente der entscheidenden schöpferischen Tat, um an sich selbst verzweifeln zu müssen. „Von nun an den Rahmen des künftigen proletarischen Staates vorzubereiten“, wie Jouhaux irgendwo sagte, erschien den französischen Gewerkschaften die dringendste Aufgabe — „organi-

sieren, um besser zertrümmern zu können". Und der französische Gewerkschaftsbund sanktioniert diese Auffassung, indem er am Kongreß von Lyon im Jahre 1919 den *Conseil Economique du Travail*, den Wirtschaftsrat der Arbeit schafft, das zentrale Institut, das Sozialisierungsprojekte auszuarbeiten hat und später selbst die Leitung der Wirtschaft an die Hand nehmen soll. Projekte einer neuen kollektivistischen Produktionsorganisation — steht dies nicht in sonderbarem Gegensatz zu jenem revolutionären Syndikalismus von altem Schlage, dem „die Revolution wie eine reine und einfache Revolte erscheint“? Sorel läßt sich darüber in seinen „*Réflexions sur la violence*“ folgendermaßen aus: „Die Arbeiter, die von der Arbeit weglaufen, kommen nicht den Unternehmern Projekte einer besseren Arbeitsorganisation präsentieren.“ Voll heißen Spottes ist er wie gewohnt für die „parlamentarischen Sozialisten“, die „wollten, daß in der Praxis der Streiks sich bereits Bruchstücke von industriellen Programmen einführen, fabriziert von den gelehrten Soziologen und angenommen von den Arbeitern; sie wollten das entstehen sehen, was sie industriellen Parlamentarismus nennen, der genau wie der politische Parlamentarismus geleitete Massen umfassen würde und Redner, die ihnen die Leitung aufzwingen. Dies wäre die Lehrzeit ihres lügenerischen Sozialismus, die von nun an beginnen sollte“. Wir sehen, der alte Syndikalismus und derjenige neuer Observanz gehen weit auseinander in diesem fundamentalen Punkt; eine starke Entwicklung hat den Syndikalismus nach dem Krieg zu einer direkt entgegengesetzten Auffassung geführt. Revolutionären Geist und Gewissen wach zu halten und in jedem Moment bereit zur Aktion zu sein — darin erschöpft sich die „Zukunftsarbeit“ des alten Syndikalismus, Gedanken über die Gestaltung der kommenden Zeit beschäftigen ihn wenig. Denn „der Sozialismus ist notwendigerweise eine sehr undeutliche Sache“ (Sorel). Das einzig Greifbare, der Innbegriff der proletarischen Bewegung ist der Generalstreik, von dem wiederum Sorel sagt, daß er „der Mythos ist, in dem sich der Sozialismus vollständig einschließt“. In ihn legt das Proletariat sein ganzes Sehnen. Es kann infolgedessen auch gar nicht anders sein, als daß die Generalstreiksidee heute ebenfalls eine andere Bedeutung erlangt hat. In seiner Äußerung hatte der Generalstreik früher viel mehr rein zerstörenden Charakter gegenüber den kapitalistischen Einrichtungen, er diente eben jener „undeutlichen Sache“ und nicht einem bestimmten konkreten Ziel (außer eventuellen rein gewerkschaftlichen Forderungen). Heute wird er viel eher konstruktiv aufgefaßt, dem bestimmten Wollen des Proletariats nach Umarbeiten des Bestehenden soll er nutzbar sein. Im Generalstreik ist immer die Macht der organisierten Arbeit zum Ausdruck gekommen; der nachkriegszeitliche Syndikalismus legt nun das Gewicht auf dieses positive Element: im Kampfe bereits, noch vor dem Siege soll sie sich gerüstet zeigen für die Ersetzung der abtretenden herrschenden Klasse. Und wie bereits gesagt, sie geht mit ganzen Organisationsplänen ihrer

Aufgabe entgegen, das Proletariat ist von einem Willen des Aufbaues, des Findens durchdrungen, wie gar nie bisanhin.

In diesem neuen Element einer konstruktiven Auffassung des Syndikalismus liegt das Entscheidende, in der allgemeinen Tatsache und nicht in der Formulierung der Forderungen, deren eine Quelle zweifellos aus kollaborationistischen Erinnerungen aus der Kriegszeit schöpft, wo die gewerkschaftlichen Spitzen an der Leitung öffentlicher Geschäfte direkt beteiligt waren. Der breite Ideenstrom des Proletariats aber ist revolutionär, mögen sich über die bestimmte Gestaltung jener Sozialisierungsprojekte, die eben diesen konstruktiven Willen der Arbeiter am sinnfälligsten zum Ausdruck bringen, noch so tiefgehende Differenzen aufgetan haben, sie finden sich einig in der Erkenntnis der „Aufbauerrolle“ des Proletariats. Man höre nur die folgende Stelle aus der Resolution der Minderheit am Kongreß von Orleans (1920), die dann später den unitarischen Gewerkschaftsbund gegründet hat: „Die Gewerkschaft soll sich von nun an vorbereiten auf die Rolle eines Baumeisters, die sie in der künftigen Gesellschaft innehaben wird. Die Vorbereitungen des einzelnen zu einer konstruktiven Aufgabe soll ebenbürtig sein der Vorbereitung auf die Vorbereitung der Revolution.“

Wir haben gesehen, daß diese Gedankenrichtungen erst dem Syndikalismus der Nachkriegszeit eigen sind, daß sie zur reinen Katastrophentheorie Sorels in gewissem Widerspruch stehen. Dem Leser kann es aber nicht entgangen sein, daß dieser Gegensatz nicht absolut ist gegenüber dem ganzen Gehalt des alten Syndikalismus. Der heutige Syndikalismus hat nicht etwas völlig Neues von außen aufgenommen, sondern er hat einfach einen Keim, der bis dahin unerschlossen geblieben war, voll zur Entfaltung gebracht. Ich meine jene Vorstellung, daß die „Gewerkschaft in der Zukunft Produktions- und Verteilungsorganisation sein werde,“ wie wir sie in der Charte d'Amiens angetroffen haben oder so wie es Jouhaux zum Ausdruck bringt: „Der Syndikalismus ist die Produzentenvertretung und eine Produktionsorganisation.“ Hier ist der neue Syndikalismus herausgewachsen und dabei ist er gereift; die Idee in der ganzen Tragweite erkennend, hat er sich abgekehrt vom unfruchtbaren, illusionären Manuelismus. Bereichert von frischen Erfahrungen aus der Revolutionszeit anderer Länder, hat er eingesehen, daß ohne die Mitarbeit der Techniker das Problem der Sozialisierung unlösbar sei und daß ihnen deshalb ein breiter Raum am Transformationswerk gewährt werden müsse. In diesem Punkte stießen Minderheits- und Mehrheitsansichten hart aufeinander. Die Minderheit, teilweise noch viel näher dem alten Manuelismus, befürchtete sehr bei der Bedeutung, die man den Technikern in diesen Sozialisierungsprojekten zuzulegen gewillt ist, ein Ueberhandnehmen des „bourgeois und hierarchischen Technikergeistes“, der die Gewerkschaften durchtränkte, anstatt daß diese die Techniker absorbieren würden. Ob dieser intransigente Standpunkt heute noch, nach den russischen Erfahrungen, viele Vertreter fände, ist sehr zweifelhaft. —

In der Richtung meiner Darlegungen liegt es nun noch, jene Reformpläne in großen Zügen zu zeichnen.

* * *

Einige Tage nach dem Waffenstillstand von 1918 stellte die C. G. T. ein umfassendes Minimalprogramm auf, das alle nachkriegszeitlichen Forderungen der Arbeiterschaft aufzählte und Stellung nahm zu allen Problemen, die sich als Kriegsfolgen präsentierten. Neben oft sehr verschwommenen zu allgemein gehaltenen Programmpunkten formulierte es indessen auch recht bedeutungsvoll präzise Postulate. In diesen Minimalprogrammen treffen wir zum erstenmal den Ruf nach einem nationalen Wirtschaftsrat, dem Conseil économique nationale, der ein absolutes Kontrollrecht hätte ausüben sollen über die ganze nationale Wirtschaft. Er sollte Industrielle, Arbeiter, Techniker und Ingenieure, Regierungsvertreter und kompetente Beiräte aus den Kreisen der Wissenschaft umfassen. Am 31. Dezember 1918 wurde ein bezüglicher Vorschlag an den Ministerpräsidenten Clémenceau gemacht, der aber daraus ein lächerliches Spottgebilde, eine rein konsultative Kommission ohne Kompetenz machen wollte. Die französische C. G. T. ließ sich jedoch nicht abschrecken, sie nahm ihr Werk selbst in die Hand und schuf auf ihrem Nationalkongreß in Lyon vom September 1919 den Conseil économique du Travail, den wirtschaftlichen Arbeitsrat, von dem der Gewerkschaftsbund in seiner Konstitutionsankündigung sagt, daß er „in der Unordnung und der Entmutigung der gegenwärtigen Zeit sich fähig zeigen werde, die Ordnung durch Ausarbeitung von passenden Lösungen herzustellen“. Außer der C. G. T. unter deren Leitung er gestellt war, waren darin vertreten der Landesverband der Konsumvereine, derjenige der Staats- und Gemeindeangestellten und die „Ustica“, der Gewerkschaftsbund der Techniker der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft. Jede dieser vier Zentralorganisationen beschickte das Direktionskomitee mit je drei Delegierten, die am 8. Januar 1920 zur ersten konstituierenden Sitzung zusammentraten. Unter ihnen war unter andern kein Geringerer als der bekannte Nationalökonom und Professor am Collège de France Charles Gide. Die Frucht langwieriger Kommissionsitzungen waren ein Bericht über die allgemeinen Prinzipien der Industrienationalisierung und detaillierte Berichte über die Sozialisierung der wichtigsten Zweige der nationalen Wirtschaft. Darüber das Hauptsächlichste im folgenden:

Allgemeine Grundsätze der Industrienationalisierung (nationalisation industrialisée). „Der wirtschaftliche Arbeitsrat betrachtet ein Unternehmen als nationalisiert, wenn es nur in Hinsicht auf die Bedürfnisse der Gemeinschaft betrieben wird und wenn es kein anderes Ziel hat, als den Konsumenten größtmöglichen Nutzen und Wirtschaftlichkeit zu verschaffen.“ Diese Nationalisierung vollzieht sich bei den Unternehmen, die bereits einen öffentlichen Charakter tragen, durch die Uebernahme der Unternehmungs-

leitung durch einen Direktionsrat, der nach denselben Gesichtspunkten zusammengesetzt ist wie der wirtschaftliche Arbeitsrat selbst, das heißt aus den Vertretern der Produzenten (Arbeiter, Techniker und Verwaltungsangestellte) und der Konsumenten.

Die nationalisierten Unternehmen werden Eigentum der Gesamtheit, des Staates; ihr wirtschaftlicher Betrieb vollzieht sich aber *a u t o n o m*. Die Gewerkschaften könnten niemals der Verstaatlichung zustimmen, das heißt dem, daß der Staat sowohl Besitzer als Unternehmer wäre; vor der staatlichen Bürokratie haben sie einen gerechten Schrecken, der politischen Maschinerie des Staates trauen sie gar nicht, wie wir gesehen haben. Was sie vor allem wollen für die nationalisierten Industrien, das ist vollständige finanzielle und administrative Autonomie. Jede hätte an ihrer Spitze einen *B e r w a l t u n g s r a t*, deren Mitglieder bestimmt werden zu einem Drittel von den Berufsverbänden der Arbeiter und Techniker, zu einem andern Drittel von den Konsumgenossenschaften und den in Betracht fallenden industriellen Konsumenten und zum letzten Drittel von der Staatsregierung solange als es noch keine spezielle, die ganze Produktion und Verteilung regelnde „Generaldirektion der nationalen Wirtschaft“ gibt. Die Gewalt des Verwaltungsrates ist sehr ausgedehnt: er stellt das Budget auf, verfügt über die Verwendung eventueller Reingewinne, errichtet das allgemeine Produktions- und Organisationsprogramm der Industrie, ernennt die Direktoren, er kontrolliert die Bezirks- und Lokalkörper und sichert überhaupt den Zusammenhang aller Dienstzweige der Industrie und auch denjenigen mit den andern Industrien.

Die von Privaten betriebenen Unternehmen kommen durch *R ü c k k a u f* in den Besitz des Staates, in der Weise, daß die Obligationen und Aktien der kapitalistischen Gesellschaft durch Staatsobligationen mit fester Zinsvergütung und einer Amortisationsfrist von 40 bis 50 Jahren ersetzt würden. Um finanztechnischen Mängeln der alten Besitzer von Anfang an jede Wirksamkeit zu nehmen, wird nur der augenblickliche Sachwert des Unternehmens verrechnet. Normalerweise soll die Industrie bescheidene *G e w i n n e* abwerfen, wenn auch der Verkauf der Produkte zu möglichst geringen Preisen zu erfolgen hat. Eine Gewinnbeteiligung der Produzenten ist ausgeschlossen, der Gewinn wird vielmehr verwendet in erster Linie zur Amortisation der den alten Besitzern ausgegebenen Obligationen, dann für die Betriebsverbesserungen und die Arbeiterfürsorgeeinrichtungen und schließlich noch zur Aneufnung einer Reserve. Dies sind die Prinzipien, wie sie vom Conseil économique du Travail als Grundlage aufgestellt wurden für alle Industrien, die im gegenwärtigen Zeitpunkt schon für fähig betrachtet wurden zur Nationalisierung, so die *E i s e n b a h n e n*, die *R o h l e n b e r g w e r k e* und die *e l e k t r i s c h e K r a f t e r z e u g u n g*. Für diese Industrien sind genaue Projekte bereits herausgekommen. Danach würden zum Beispiel die *E i s e n b a h n e n* von den Gesellschaften seitens des Staates zurückgekauft und finanziell und administrativ verselbstständigt. An der Spitze stände

ein Generalrat von 48 Mitgliedern, bestehend aus 8 Arbeitern und 8 Technikern, delegiert vom Eisenbahnerverband, 16 Konsumenten- und Benützervertretern (bestimmt vom Gewerkschaftsbund, Industriellenverbänden, Bauernverbänden, Konsumvereinen und vom Touring Club) und 16 Vertretern der Öffentlichkeit. Doch die einzelheitliche Regelung ist nicht so wesentlich wie die allgemeinen Gesichtspunkte, die wir bereits verfolgt haben.

In ihrem Suchen nach Rationalisierung der Wirtschaft ist der Conseil économique du Travail zum Schlusse gekommen, daß das Werk, das er in Angriff nehmen wollte, nur bewältigt werden könne, wenn er dem Wirtschaftsleben das fehlende Bewußtsein gebe, wenn in diesem eine allgemeine Planmäßigkeit, eine organische Ordnung schaffe. Er will nichts Neues erfinden, er will nur die „unvollständigen Versuche vor dem Kriege entwickeln und im Interesse der Allgemeinheit ein unter den Auspizien der Privatinteressen begonnenes Werk zu Ende führen“, das heißt die Syndikalisierungstendenz bis in die äußerste Konsequenz verwirklichen durch die Errichtung einer „General-direktion der Volkswirtschaft“ (*direction générale de l'économie nationale*), die Produktion und Verteilung aller Wirtschaftszweige auf nationalem Gebiete koordinieren und rationell regeln sollte.

Eine Arbeit von solcher Ausdehnung wie diejenige, die der Conseil Economique du Travail geleistet hat, konnte nicht ohne Kritik bleiben. Am direktesten war diese natürlich gerade in den eigenen Reihen des Gewerkschaftsbundes. Den Minderheitlern von kommunistischer Seite gefielen neben dem zu wenig exklusiv manuelistischen Charakter des Projektes besonders die Rückkaufsbestimmungen der privaten Unternehmungen nicht. Ihre am Kongreß von Orleans unterlegene Resolution meint, daß „die Rationalisierung nur dann eine Etappe zur Revolution bilden könnte, wenn sie die Form der Expropriation annimmt; man kommt um die Revolution nicht herum“. Dazu ist aber zu sagen, daß die Kommunisten selbst opportunistisch eine Uebergangszeit von Privatbesitz zur Kollektivwirtschaft für notwendig erachten, indem sie nämlich den ehemaligen Aktieninhabern eine jährliche Ent-eignungsvergütung zusprechen wollen, nicht eine feste Summe, aber in einem gewissen Verhältnis zum erzielten Reingewinn.

Abschließend wäre zu bemerken, daß Form und Inhalt dieser praktischen Aeußerung der neuern Geistesrichtung des französischen Syndikalismus einer vielseitigen Kritik rufen würden, gerade von sozialistischer Seite. Darüber nur einige Andeutungen, da ja der Zweck dieses Aufsatzes eher deskriptiv ist. Man fragt sich natürlich, inwieweit diese „Industrienationalisierung“ an den Grundfesten der heutigen Ordnung rüttle. Gewiß, das Eigentum geht an die Kollektivität über, diese Uebergabe, noch ganz erfüllt vom kapitalistischen Rechtsgefühl, wird aber zu einem großen Teil unwirksam gemacht dadurch, daß der Ertrag der abgetretenen Kapitalmenge in den Händen der alten Besitzer bleibt. Um aber im Laufe der Zeit auch in den Besitz des Ertrages zu gelangen, soll innerhalb zirka 50 Jahren die Amortisation vollzogen sein.

Ob der Staat und der einzelne diese ungeheure finanzielle Last aber zu tragen vermögen, davon sagt niemand etwas. Wenn man auf dem Standpunkt des völligen Rücklaufes beharrt, ist die fünfzigjährige Frist natürlich ein Minimum; bedenklich aber ist sie vom sozialistischen Gesichtspunkte aus.

Wenn man nach dem Einfluß fragt, den diese Nationalisierung auf die wirtschaftliche Stellung des Arbeiters haben wird, ist man wohl um eine präzise Antwort verlegen. Man kann sich eben des Gedankens nicht erwehren, daß die Urheber des Werkes fast nur von wirtschaftsrationalistischen Erwägungen geleitet wurden, daß sie weniger handelten in der Eigenschaft als Arbeiter, als in der von Männern, die nach einem ökonomischen System suchen, das volkswirtschaftlich einen Höchstertrag liefert. Ein Gegensatz zwischen Sozialismus und rationaler höchster Wirtschaftlichkeit existiert ja sicherlich nicht, aber es gibt Momente in der revolutionären Entwicklungsperiode zum Sozialismus, wo sich solche herausbilden können; dieses Zugeständnis müssen wir machen. Jouhaux selbst gibt denn auch zu, daß ihr Projekt manchem wie eine „Wiedervergipfung“ der gegenwärtigen Gesellschaft erscheinen müsse. Und sein Reformismus kommt klar zum Ausdruck, wenn er in einer Rede sagte: „Wir glauben, daß eine Umformung der wirtschaftlichen Ordnung sich nach und nach vollziehen muß.“

Am Ende dieses Aufsatzes, der nicht alle Entwicklungstendenzen des französischen Syndikalismus zu untersuchen sich vornahm, wäre abschließend nur noch zu bemerken, daß man sich einer gewissen Skepsis gegenüber den bis ins einzelne ausgeklügelten Plänen nicht erwehren kann. Man braucht nicht von denen zu sein, die die Hände in den Schoß legen und auf den großen Kladderadatsch warten, um doch zu sagen, daß man eine ebenso große Aufgabe vor sich hat, den Weg zu finden zum Wirklichkeitswerk. Man sollte immer eingedenk sein der Worte von Jaurès, der einmal sagte: „Was in der Reform zählt, das ist viel weniger die unmittelbare Besserung, als die revolutionäre Vorbereitung.“

Zur Auswanderungsfrage.

Zu meinem Artikel über die Auswanderungsfrage in der Schweiz übermittelt mir Herr Professor F. Mangold, Basel, den Wortlaut des Referates, das er im letzten Herbst in Sitten vor den Verwaltern der schweizerischen Arbeitsämter gehalten hat. Die Bemerkungen meines Artikels gegen Professor Mangold stützten sich auf die Berichterstattung der Basler Presse über zwei Referate Professor Mangolds. Diese Berichterstattung war, wie ich heute feststellen kann, tendenziös und erweckte den Eindruck, daß Herr Professor Mangold in sehr nachdrücklicher Weise der künstlichen Beförderung der Auswanderung das Wort geredet habe, ohne eine Beleuchtung des Problems nach allen Seiten vorgenommen zu haben. Zuhanden der Leser der „Roten Revue“ will ich nun gerne und mit Befriedigung feststellen, daß dem nicht ganz so ist und Herr Professor Mangold im Gegenteil manche Bedenken äußerte, die sich unserer Beurteilung des Problems nähern. Eine entstellende Wiedergabe der Auffassungen des Herrn Professor Mangold war selbstverständlich nicht beabsichtigt. Sein gedrucktes Referat (im Protokoll der VII. Verbandsversammlung des Verbandes Schweiz. Arbeitsämter) war mir leider nicht zu Gesicht gekommen. Es ist leider auch der Presse nicht zugestellt worden. E. N.